



Position des BOGK vom 16.10.2019 zum Klimapaket der Bundesregierung 2019

Der BOGK vertritt den sechstgrößten Wirtschaftszweig der deutschen Ernährungsindustrie. Zunehmende Wetterschwankungen und klimabedingte Ernteauffälle gefährden die Unternehmen existenziell. Die Branche ist gefordert, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Zugleich muss sie sich auf die Auswirkungen des Klimawandels einstellen. Die Politik muss dafür den gesetzlichen Rahmen schaffen.

Klimawandel: Existenzielle Gefahr

Anbau und Verarbeitung von Obst, Gemüse und Kartoffeln sind hochspezialisiert und stehen aktuell vor erheblichen Herausforderungen: Die Gesellschaft erwartet eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, während die Forschung nach neuen Wirkstoffen stockt. Das Interesse an vielfältigen, gesunden und robusten Sorten ist hoch, aber neue Methoden der Pflanzenzucht stehen in der Kritik. Die Unternehmen bieten ihren Kunden eine breite Angebotspalette – einschließlich regionaler und Bio-Produkte und haben zugleich soziale Verantwortung für mehr als 20.000 Mitarbeiter.

Der Klimawandel verschärft diese Zielkonflikte, denn er führt zu deutlich häufigeren Extremwetterereignissen – Hagel, Starkregen, Frost, Hitze und Dürre – und damit zu einem erheblich höheren Risiko schlechter Ernten. **Was aber nicht gewachsen ist, kann auch nicht verarbeitet werden.** Wenn durch Miss- und Minderernten ein erheblicher Teil des Umsatzes fehlt, gerät die Branche in existenzielle Gefahr.

Ziel: Klimaneutrales Wirtschaften

Die Verarbeitung von Obst, Gemüse und Kartoffeln ist energieintensiv, denn die Industrie nutzt traditionelle Verfahren des Haltbarmachens wie Trocknen und Pasteurisieren, und viele Obst-, Gemüse- und Kartoffelprodukte werden tiefgefroren. **Die Branche arbeitet seit langem daran, ihre CO₂-Emissionen zu verringern und hat sich zum Ziel gesetzt, insgesamt klimaneutral zu wirtschaften.** Dazu investiert sie in nachhaltige Energienutzung, sparsamere Logistik und effizientere Herstellungsprozesse.

Notwendige Anpassungen

Die Industrie muss sich andererseits schon heute auf den Klimawandel einstellen. Kurzfristig setzt die Branche auf technisch-organisatorische Lösungen, etwa beim Wassermanagement und der Beregnung der Felder. Mittelfristig erwartet die Branche Beiträge der Pflanzenzüchtung und der

Landwirtschaft zu einem weniger wetteranfälligen Pflanzenbau. Die Risiken klimabedingter Ernteausfälle müssen auch von Handel und Verbrauchern mitgetragen werden und dürfen nicht allein zu Lasten der Lebensmittelhersteller gehen.

Politische Rahmensetzung

Von der Politik erwartet die obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitende Industrie, die notwendigen Rahmenbedingungen für Maßnahmen im Klimaschutz und bei der Klimaanpassung zu setzen.

Wir fordern:

Umwelt: In Dürrejahren muss die Bewirtschaftung und in nassen Jahren die Bevorratung des verfügbaren Wasser besser organisiert werden.

Arbeitsmarkt: Unternehmen, die – auch regional – von einer Miss- oder Minderernte betroffen sind, müssen in der Lage sein, schnell und unkompliziert Kurzarbeit anzumelden, um ihre Belegschaft zu schützen.

Wirtschaft: Vereinbarungen zu Miss- und Minderernten zwischen Industrie und Handel sollten – auch mit staatlicher Rückendeckung – zur Norm werden.

Landwirtschaft und Umwelt: Die Verfügbarkeit notwendiger Pflanzenschutzmittel darf nicht weiter eingeschränkt werden, ohne dass Forschung in alternative Behandlungsmethoden oder Techniken stattfindet. In der Übergangszeit sind verlängerte Anwendungsfristen notwendig.

Landwirtschaft und Umwelt: Für neue Züchtungsmethoden muss es einen verlässlichen rechtlichen Rahmen geben, während zugleich auf ihre gesellschaftliche Akzeptanz hingewirkt werden muss.
